

Beschluss (vorläufig) Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 22.11.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-W In die Zukunft wirtschaften

Antragstext

1 **Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften**

2 **Sozial-Ökologische Marktwirtschaft**

- 3 (90) Die Wirtschaft dient den Menschen und dem Gemeinwohl, nicht andersherum.
Nachhaltiger
4 Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität, Vorsorge und Gerechtigkeit ist Kern eines
5 zukunftsfähigen Wirtschaftssystems. Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das die
6 planetaren Grenzen einhält und mehr Lebensqualität für alle Menschen erreicht,
weltweit und
7 für zukünftige Generationen. Dazu ist es notwendig, grundlegend anders zu
wirtschaften:
8 chancen-, ressourcen- und geschlechtergerecht. Dies bedeutet einen Wandel hin zu
einer
9 sozial-ökologischen Marktwirtschaft innerhalb klarer Leitplanken und mit
10 Gemeinwohlorientierung, die Konzepte wie Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und
Innovation als
11 Mittel zum Zweck betrachtet und Konzentration ökonomischer Macht bei Wenigen
vermeidet.
- 12 (91) Viele der strukturellen Anreize zum Produzieren, Handeln und Konsumieren stellen
uns
13 vor ökologische Probleme dramatischen Ausmaßes und befeuern sozial-ökonomische
14 Verteilungskrisen, die behoben werden müssen. Um die Lebensbedingungen der
Menschheit global
15 zu verbessern, wird auch in der sozial-ökologischen Transformation Wachstum in
bestimmten
16 Bereichen wichtig sein, andere Bereiche werden schrumpfen. Wirtschaftswachstum ist
nicht per
17 se das Problem, die mit Wachstumszwängen einhergehende Übernutzung natürlicher
Ressourcen
18 und Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft schon. Aus Vorsorge sind unsere Systeme
deshalb auf
19 wissenschaftlicher Basis darauf auszurichten, auch beim Wirtschaften innerhalb der
20 planetaren Grenzen stabil zu bleiben- gerade im Hinblick auf wiederkehrende
Wirtschafts- und
21 Finanzkrisen.
- 22 (92) Wohlstand definiert sich nicht allein durch materiellen Reichtum, sondern meint
23 Lebensqualität. Es geht auch um Sicherheit, Freiheit, Zeitsouveränität, gesunde
24 Lebensgrundlagen, Gleichberechtigung, kulturelle und politische Teilhabe und ein
friedliches
25 Zusammenleben. Dafür sind ein neuer Wohlstandsbegriff und ein anderes Wirtschaften

nötig.

26 Mit einem umfassenden Wohlstandsindikator können ökologische, soziale und
qualitative

27 Merkmale erfasst werden. Wasser, Luft, Boden und Artenvielfalt sind globale
Gemeingüter, die

28 abseits einer reinen Verwertungslogik allen Menschen zugutekommen müssen.

29 (93) Den Weg zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft bereitet ein Green New Deal . Er

30 schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires, ökologisches und nachhaltiges
Wirtschaften,

31 indem er auf ein Bündnis aus Arbeit und Umwelt baut. Er investiert mutig in die
Zukunft. Er

32 setzt neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich
und

33 fördert eine geschlechtergerechte Gesellschaft

34 (94) Freies und kreatives Handeln von Menschen, fairer Wettbewerb, gesellschaftliche
35 Kooperation und die Vielfalt wirtschaftlichen Handelns können nachhaltigen
Wohlstand,

36 Fortschritt und innovative Problemlösungen schaffen.

37 (95) Märkte können ein mächtiges Instrument für ökonomische Effizienz, Innovation
und

38 technologischen Fortschritt sein. Ihre Dynamik und Schaffenskraft sind von großer
Bedeutung,

39 um die großen Herausforderungen der ökologischen Krisen zu bewältigen. Unregulierte
Märkte

40 aber sind zukunftsblind, krisenanfällig, instabil und können die Demokratie gefährden.
Erst

41 klare Regeln stellen sicher, dass Märkte und Wettbewerb funktionieren und im
42 gesellschaftlichen Interesse wirken. Es ist Aufgabe des Staates, für Information,

43 Transparenz und Wahlfreiheit zu sorgen und die Durchsetzung von Verbraucher*innen-
Rechten

44 sicherzustellen.

45 (96 neu) Märkte müssen so gestaltet sein, dass Verbraucher*innen als
Marktteilnehmer*innen

46 effektiv vor Missbrauch geschützt sind und selbstbestimmte Entscheidungen treffen
können.

47 Dazu gehören Vorsorge und Schutz auch für schwächere Verbraucher*innen ebenso
wie

48 Wahlfreiheit und Transparenz in mittlerweile globalisierten und digitalisierten Märkten.
Der

49 Staat muss für diese Verbraucher*innenrechte sorgen, die Durchsetzung dieser Rechte
stärken

50 und die Verbraucherpolitik gesetzlich ausgestalten. Er darf die Verantwortung für die
51 Entwicklung der Wirtschaft nicht bei den Verbraucher*innen abladen. Es ist Aufgabe
des

52 Staates, einen klaren Rechtsrahmen für Wirtschaft und Wettbewerb zu setzen.

53

54 (96) Der Markt ist nicht das alleinige Organisationsprinzip für das Wirtschaften in einer

55 Gesellschaft. Ein Großteil menschlicher Wirtschaftsbeziehungen erfolgt jenseits von
Märkten
56 über den Staat, in Haushalten oder gemeinschaftlich organisierten Bereichen. Wir
wollen den
57 Weg ebnen für soziales und ökologisches Unternehmer*innentum, für eine Wirtschaft
des
58 Teilens sowie für frei zugängliches Wissen und frei zugängliche Gemeingüter.
Unbezahlt
59 geleistete Arbeit muss anerkannt werden und darf nicht zu einer Benachteiligung
führen. So
60 wird die sozial-ökologische Wirtschaft im Sinne des Gemeinwohls gestärkt.
61
62 ([neu])Zum heutigen Zeitpunkt wissen wir nicht, welche Art des Zusammenlebens sich
63 langfristig als ökologisch und sozial tragbar erweisen wird. Um größere
Handlungsspielräume
64 auch für kooperative und solidarische Formen des Wirtschaftens zu eröffnen, sollen
65 Initiativen unterstützt werden, die mit diesen Formen des Wirtschaftens
experimentieren -
66 von der solidarischen Landwirtschaft mit gemeinschaftsgetragener Bäckerei über das
67 Druckerei-Kollektiv bis zum gemeinschaftlich organisierten Softwareentwicklungsbüro.
68 (97) Es gilt das Primat der Politik, auch gegenüber Wirtschaft und Kapital. Wir wollen
es
69 neu begründen und durchsetzen. Dafür braucht es einen starken, effizienten und
70 handlungsfähigen Staat und klare Leitplanken aus Steuer-, Abgaben- und
Ordnungsrecht sowie
71 intelligenter öffentlicher Forschungs- und Förderpolitik. Im Wettbewerb soll erfolgreich
72 sein, wer übergeordnete gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern befördert.
73 (98) Nur wenn Preise die ökologische und soziale Wahrheit sagen, geht der
Wettbewerb der
74 Märkte nicht zulasten von Mensch und Umwelt. Klimafreundliche und soziale
Alternativen
75 können sich nur dann durchsetzen, wenn die Verursacher von ökologischen und
sozialen Schäden
76 die Kosten für diese tragen.
77 (99) Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik orientiert sich an einem neuen Wohlstandsmaß
und
78 einer neuen Form der Wirtschaftsberichterstattung. Diese berücksichtigen - anders als
das
79 Bruttoinlandsprodukt - neben ökonomischen auch ökologische, soziale und
gesellschaftliche
80 Entwicklungen sowie Sorgearbeit, die zum größten Teil von Frauen - unbezahlt -
geleistet
81 wird. Sorge- und Reproduktionsarbeit gehören zu den wichtigsten Aufgaben unserer
82 Gesellschaft. Deshalb braucht sie einen Rahmen, der Geschlechtergerechtigkeit auch
in der
83 Wirtschaft sicherstellt.
84 (100) Zukunftsfähiges Wirtschaften braucht Planungssicherheit. Staatliche
Wirtschafts-,

85 Investitions- und Infrastrukturpolitik muss langfristig und verlässlich stattfinden. Um
86 erfolgreich und nachhaltig zu wirtschaften, brauchen Unternehmen eine moderne und
intakte
87 Infrastruktur, gut ausgebildete Fachkräfte, gute Finanzierungsbedingungen, eine
88 funktionierende öffentliche Verwaltung sowie soziale Stabilität und Rechtssicherheit.
Dazu
89 zählen auch schnellere, bessere Planungsverfahren durch frühzeitige und wirksame
90 Verfahrensbeteiligung sowie Behörden und Gerichte mit ausreichendem Personal und
einer
91 vollständig elektronischen Abwicklung von Anträgen.

92 (101) Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Öffentliche Güter und Institutionen
93 sowie soziale Infrastrukturen und bezahlbarer Wohnraum sind sicher zu stellen und
müssen für
94 alle zugänglich sein. Grundinfrastrukturen der Sicherheit, des Rechts, der Mobilität und
der
95 Verwaltung gehören in öffentliche Hand. Güter und Dienstleistungen von allgemeinem
96 Interesse, die kommunale Daseinsvorsorge und Selbstverwaltung müssen in
öffentliche Hand und
97 von Marktmechanismen und Wettbewerb ausgenommen bleiben. Der Zugang zu
öffentlichen Gütern,
98 die gesellschaftliche Teilhabe fördern - wie kommunale Freizeit- und
Kultureinrichtungen -
99 soll daher bedarfsgerecht kostenlos ermöglicht werden. Die Beschaffungen des
öffentlichen
100 Sektors müssen sich stärker an ökologischen und sozialen Faktoren, nicht nur am Preis
101 orientieren.

102 **Wirtschafts- und Industriepolitik**

103 (102) Wettbewerb unter gleichen Bedingungen ist die Voraussetzung dafür, dass
Märkte
104 effizient funktionieren und Wohlstand und Fortschritt in nachhaltiger Weise
hervorbringen
105 können. Es ist Aufgabe von Politik, Machtstellungen und Monopole zu verhindern und
106 aufzubrechen sowie jene Bereiche einer Gesellschaft zu definieren und auszugestalten,
die
107 nicht durch Märkte dominiert werden sollen.

108 (103) Dumping, Protektionismus und mangelnde Regulierung führen zu unfairem
Wettbewerb.
109 Darunter leiden viele Unternehmen in Europa und weltweit. Der Erwerb von
110 Unternehmensbeteiligungen, Direktinvestitionen, Marktzutritte und auch die Vergabe
111 öffentlicher Aufträge durch und an Dritte sollen auf der Basis von Standards und
112 Gegenseitigkeit erfolgen. Außereuropäische Übernahmen müssen dann, wenn nötig,
auch
113 untersagt werden. Kritische Infrastruktur und Schlüsselindustrien gilt es zu schützen.

114 (104) Regulierung ist kein Selbstzweck. Sie muss sich an gesellschaftlichen Zielen
115 orientieren. Sie sollte Individuen und Unternehmen möglichst viel Freiheit in Bezug auf
die

- 116 gewählten Mittel lassen. Es ist laufend zu überprüfen, ob es bestimmter Vorschriften
noch
117 bedarf und sie ihren Schutzzweck weiterhin erfüllen. Dabei ist zu beachten, dass
sowohl
118 ungeeignete politische Regeln als auch fehlende politische Regulierung Wettbewerb
119 einschränken und Marktmacht zementieren können. Regulierungen müssen so
ausgestaltet sein,
120 dass sie nicht als Barriere für Gründungen wirken und zum Wettbewerbsnachteil für
kleine
121 Unternehmen und das Handwerk werden. Sie sollen stattdessen bewirken, dass
Machtunterschiede
122 möglichst ausgeglichen werden.
- 123 (105) Digitale Plattformen durchdringen immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen
und
124 wirtschaftlichen Lebens. Sie sind Grundlage von Wertschöpfung und neuen
Geschäftsmodellen
125 und sollten daher im Fokus wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Gestaltung stehen.
- 126 Plattformen müssen umfassend reguliert werden, um Grundrechte zu schützen,
wachsende
127 wirtschaftliche Macht zu begrenzen, faire Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen
128 sicherzustellen sowie gemeinwohlorientierte Innovationen zu ermöglichen. Europa
braucht
129 öffentlich-rechtliche wie auch gemeinnützige Alternativen zu den bisherigen privaten
130 Monopolen. Diese können Bürger*innen die Möglichkeit bieten, sich sowohl lokal als
auch
131 digital zu organisieren und politisch Einfluss zu nehmen. Digitale Plattformen sind Teil
der
132 Infrastruktur und müssen barrierefrei sein.
- 133 (106) Wirtschaftspolitisch muss der Staat mehr tun, als nur einen Rahmen zu setzen.
134 Deutschland kann nur mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise seine internationale
Position
135 als globaler Industriestandort wahren, mit neuen Wertschöpfungsketten, neuen
Produkten,
136 guten Arbeitsplätzen und zukunftsfähigen Geschäftsmodellen. Dazu braucht es eine
aktive
137 Industriepolitik, die neuen Technologien zum Durchbruch verhilft, gerade da, wo der
Markt
138 das Risiko scheut. Sie muss für fairen Wettbewerb sorgen, in Forschung, Digitalisierung
und
139 die sozial-ökologische Transformation investieren, Arbeitsplätze schaffen und sichern
und
140 die Gleichberechtigung der Geschlechter und nichtdiskriminierende
Zugangsvoraussetzungen
141 sicherstellen.
- 142 (107) Unternehmer*innen dürfen nicht gezwungen werden, sich zwischen einem
wirtschaftlich
143 erfolgreichen Weg oder einer sozialen und ökologischen Ausrichtung des
Unternehmens zu
144 entscheiden. Wirtschaftliche Aktivität muss sich an langfristigen Zielen und

145 gesamtgesellschaftlichem Wohlstand ausrichten. Die Finanzberichterstattung soll mit
 146 Langfristzielen ergänzt werden sowie mit verbindlichen Indikatoren, die im Kontext
 einer am
 147 Gemeinwohl orientierten Bilanzierung die sozialen, ökologischen und
 gesellschaftlichen
 148 Auswirkungen messen.

149 (108) Schlüsselprojekt einer sozial-ökologischen Industrie- und Innovationspolitik ist
 die
 150 vollständige Dekarbonisierung der Produktionsprozesse in der gesamten Lieferkette.
 151 Automobil- und Chemieindustrie sowie der Maschinenbau waren die Säulen des
 Erfolges der
 152 deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten, aber diese Branchen müssen
 sich neu
 153 erfinden, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei
 kann die
 154 deutsche Industrie auf das bauen, was sie – ganz besonders den Mittelstand – stark
 gemacht
 155 hat: ihre Ingenieurskunst, ihre Kreativität, die Sozialpartnerschaft mit den
 Gewerkschaften
 156 sowie ihre europäische und globale Orientierung.

157 (109) Das Handwerk ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland. In
 seiner
 158 Vielfalt ist das Handwerk Voraussetzung für die Stadt der kurzen Wege, für attraktive
 159 Regionen und für die sozial-ökologische Transformation. Das Handwerk muss dabei
 unterstützt
 160 werden, seine Expertise, Qualität und Traditionen in die Zukunft zu übertragen und
 seine
 161 wichtige Rolle am Arbeitsmarkt, insbesondere bei der Ausbildung von Fachkräften zu
 stärken
 162 und auch in strukturschwachen Regionen zu erhalten und zu fördern.

163 (109-2) Tourismus ist zukunftsfähig, wenn er in seinen vielfältigen Erscheinungsformen
 164 verantwortungsvoll und nachhaltig ist. Dazu gehören die gleichberechtigte
 Partizipation
 165 aller Akteur*innen, die Umsetzung von Umwelt-, Natur- und Klimaschutz, die Stärkung
 der
 166 lokalen Wirtschaft sowie eine Balance zwischen öffentlicher und individueller Mobilität.
 167 Soziale, ökologische und kulturelle Belastungen von Reisen sollten im Einklang mit den
 168 Gegebenheiten vor Ort sein beziehungsweise kompensiert werden.

169 (110) Entscheidend für eine Dekarbonisierung von Produktion und Konsum ist ihre
 Einbettung
 170 in eine Kreislaufwirtschaft. Produktion und Konsum finden dabei so weit wie möglich in
 einem
 171 regionalen Kreislaufsystem statt, sodass weniger endliche Ressourcen verwendet
 werden
 172 müssen. Zentral dabei ist ein umfassendes Gebot für ressourcensparendes und
 173 kreislauffähiges Produktdesign. So wird die Zahl der neu produzierten Waren und

Güter

- 174 minimiert, Produkte werden langlebiger und können repariert oder wiederaufbereitet werden.
- 175 (111) Als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt kann die Europäische Union mit dem
 176 gemeinsamen Binnenmarkt weltweit Standards setzen. Das gilt es zu nutzen, um die
 177 Transformation voranzubringen, Menschenrechte zu schützen, wettbewerbsfähig zu
 178 bleiben,
 178 Innovationen und Wertschöpfung zu fördern, sich weniger abhängig von anderen
 globalen
 179 Playern zu machen und zugleich in der noch weitestgehend unregulierten digitalen
 Welt
 180 Bürger*innen- und Verbraucher*innen-Rechte zu sichern.
- 181 (112) Die Grundstoffindustrie wird auch künftig ein zentraler Baustein bleiben. In
 einem
 182 gemeinsamen Zusammenspiel von ökologischer und technologischer Innovation,
 Digitalisierung,
 183 branchenübergreifender Kooperation und planungssicherer politischer Rahmensetzung
 sind die
 184 Grundlagen dafür zu legen, dass Stahl, Beton, Baustoffe, Aluminium, Glas, Papier oder
 185 Chemikalien weiter in Europa produziert werden. Die dafür nötigen
 Transformationsschritte
 186 müssen wettbewerbsrechtlich ausgeglichen werden.
- 187 (113) Statt einer Abhängigkeit Europas im Bereich technischer Entwicklungen und
 Erfindungen
 188 brauchen wir ausreichend eigene Produktions- und Entwicklungskapazitäten für
 systemrelevante
 189 Produkte wie medizinische Präparate oder Techniken der kritischen Infrastruktur. Die
 190 Regionalisierung in kritischen Bereichen und eine globale Kooperation gehören
 zusammen. Der
 191 Markt allein kann das nicht richten.
- 192 (114) Das freie Unternehmer*innentum, die Gründer*innen und Start-ups sind die
 Treiber*innen
 193 für Innovation. Grundlage für Neugründungen und Fortschritt sind Wagniskapital und
 194 öffentliche wie private Investitionen in Forschung und Entwicklung. Wirtschafts- und
 195 Forschungspolitik begünstigt neue Ideen zur sozial-ökologischen Transformation. Sie
 fördert
 196 die Vernetzung von kleinen Unternehmen, Start-ups und Ausgründungen aus
 Hochschulen
 197 europaweit. Sie unterstützt bei der Finanzierung, dem Zugang zu Ressourcen und beim
 Transfer
 198 von Grundlagenforschung in die Praxis. Damit entstehen attraktive
 Rahmenbedingungen und
 199 Diversität, für die besten Forscher*innen, Gründer*innen und Fachkräfte.
- 200 **Eigentum und Gemeinwohl**
- 201 (115) Ohne Recht auf Eigentum sind eine freiheitliche Gesellschaft und eine sozial-
 202 ökologische Marktwirtschaft unvorstellbar. Gleichzeitig verpflichtet es gesellschaftlich,
 203 weil eine zu starke Konzentration von Eigentum in den Händen Weniger Demokratie

- und
 204 Marktwirtschaft bedroht. Es braucht eine gleichere Verteilung von Vermögen und Chancen.
- 205 (116) Grund und Boden unterliegen einer besonderen Sozialpflichtigkeit, weil sie
 206 unvermehrbar und unverzichtbar sind. Deshalb müssen Renditen in diesem Bereich begrenzt sein
 207 sowie Grund und Boden verstärkt in öffentliches oder gemeinwohlorientiertes Eigentum
 208 überführt werden. Zum Wohl der Allgemeinheit bietet das Grundgesetz als letzte Möglichkeit
 209 die Vergesellschaftung sowie die Enteignung, wo Märkte aus dem Ruder geraten.
 210 Bodenwertsteigerungen werden gedämpft und bei Planungsrechtsänderungen wird die öffentliche
 211 Hand beteiligt. Die Flächeninanspruchnahme ist zu begrenzen. Unser Ziel ist, den
 212 Flächenverbrauch auf Netto Null zu senken und der Staat muss für vielfältig Besitzstrukturen
 213 sorgen und eine gerechte Verteilung fördern.
- 214 (118) Es braucht neue Formen von gemeinwohlorientiertem oder gemeinschaftlichem Eigentum und
 215 eine stärkere Gemeinwohlbindung. Genossenschaften und soziale Unternehmen leisten einen
 216 wichtigen Beitrag hin zu einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft. Ziel ist, dass Private
 217 ihre Dienstleistungen und Produkte barrierefrei anbieten.
- 218 (118) Wissen wächst, wenn es geteilt wird. Der offene Zugang zu Wissen für alle Menschen
 219 erhöht Innovationskraft, Wohlstand und Gerechtigkeit. Dabei wollen wir einen fairen Umgang
 220 mit Wissen und Werken, Anreize zur Wissensgenerierung und die Stärkung offener und freier
 221 Lizenzen. Die automatisierte Durchsetzung von exklusiven Eigentumsrechten darf die
 222 Kommunikationsfreiheiten nicht einschränken. So viel Wissen wie möglich soll
 223 Menschheitswissen werden und von der Allgemeinheit genutzt werden können. Bei kulturellen
 224 Werken muss für Urheber*innen eine angemessene Vergütung sichergestellt werden.
 225 Öffentlich finanziertes Wissen soll grundsätzlich allen kostenfrei zur Verfügung stehen.
- 226 **Finanzmärkte und Banken**
- 227 (119) Finanzmärkte und Banken haben die Aufgabe, realwirtschaftliche Investitionen zu
 228 finanzieren und Sparer*innen attraktive Anlagemöglichkeiten zu bieten. Durch die
 229 Deregulierung der Märkte geriet jedoch die Spekulation mit unproduktiven, komplexen
 230 Finanzprodukten zum Hauptzweck. Spekulationen müssen eingedämmt werden und wir müssen zurück
 231 zum sogenannten „boring banking“, bei dem die langfristige Finanzierung im Vordergrund steht
 232 und nicht die kurzfristige Spekulation. Dafür muss das Einlagen- und Kreditgeschäft vom
 233 riskanten Investmentbanking abgetrennt werden (Trennbankensystem). Es braucht

- einen
234 Finanzmarkt, der sich an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt und es fördert
statt ihm
235 zu schaden.
- 236 (120) Gute Finanzinstitute sind Grundpfeiler moderner Volkswirtschaften. Werden sie
zu groß,
237 werden sie zur Gefahr. Deshalb sollte keine Bank oder Versicherung so groß sein, dass
sie
238 eine ganze Volkswirtschaft in den Abgrund reißen kann. Eine Abwicklung muss ohne
Rückgriff
239 auf Steuermittel jederzeit möglich sein. Außerdem brauchen Banken und
Versicherungen eine
240 gute Eigenkapitalausstattung und wirksame Haftungsregeln.
- 241 (121) Deutschlands bestehendes Drei-Säulen-Bankwesen mit seinen vielen kleinen,
lokalen
242 Banken hat sich bewährt. Der Finanzmarkt braucht eine effektive Aufsicht sowie
einfache,
243 glasklare Regeln ohne Lücken, die für alle gelten – egal ob Banken, Hedgefonds,
FinTechs
244 oder andere Finanzdienstleister. Diese Aufsicht soll mit klaren Zuständigkeiten einen
transparenten Finanzmarkt garantieren. Kleine Banken, von denen keine Gefahr für
245 das
246 Finanzsystem ausgeht, müssen nicht so umfassend reguliert und beaufsichtigt werden
wie
247 Großbanken.
- 248 (122) Finanzmärkte haben eine wichtige Funktion für die Ausgestaltung der Wirtschaft.
Der
249 Umbau zu Klimaschutz und einer sozial-ökologischen Wirtschaftsweise wird
beschleunigt, wenn
250 Anlagegelder nicht mehr in die alte, von fossilen Energien getragene Wirtschaft
fließen. Die
251 öffentliche Hand und die öffentlich-rechtlichen Finanzinstitute müssen vorangehen und
sich
252 vollständig aus Investitionen in Unternehmen zurückziehen, die auf fossile Energien,
die
253 Zerstörung von Ökosystemen oder die Verletzung von Menschenrechten bauen. Für
Anleger*innen
254 muss zu jeder Zeit transparent sein, welche ökologischen und sozialen Folgen mit
ihren
255 Investitionen oder Einlagen verbunden sind. Es gilt, die Klima-, Nachhaltigkeits- und
256 Menschenrechtsrisiken im Finanzsektor durch eine am Gemeinwohl orientierte
Bilanzierung
257 offenzulegen und einzupreisen. Das macht die Finanzierung von Investitionen in
Klimaschutz
258 und Nachhaltigkeit günstiger als die Bereitstellung von Kapital für andere Zwecke.
- 259 **Geld- und Fiskalpolitik**
- 260 (123) Aufgabe der Geldpolitik von Zentralbanken sowie der Fiskalpolitik ist es,
ökonomischen

- 261 Krisen entgegenzuwirken. Damit sichern sie Arbeitsplätze und Existenzen und fördern
so den
262 gesamtgesellschaftlichen Wohlstand. Die Bekämpfung und Vermeidung von
Arbeitslosigkeit muss
263 wichtiges Ziel der Politik sein.
- 264 (124) Die Zentralbanken allein stoßen an Grenzen, wenn es um die Stabilisierung der
265 Wirtschaft in Krisenzeiten geht. Insbesondere die Haushaltspolitik muss einen Beitrag
266 leisten, das Auf und Ab der Konjunktur auszugleichen und tiefe wirtschaftliche Krisen
zu
267 verhindern. Deshalb gilt es, stets die Auswirkung von Staatsausgaben auf die
268 Gesamtwirtschaft zu berücksichtigen. Es ist sinnvoll, sowohl auf nationaler als auch
auf
269 europäischer Ebene die Spielräume zur Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben zu
nutzen und
270 auszubauen, um Wirtschaftskrisen sowie deren soziale Folgen zu vermeiden und
Investitionen
271 für die sozial ökologische Transformation zu ermöglichen. Langfristige
Schuldentragfähigkeit
272 ist dabei stets zu gewährleisten und gerade mit Blick auf die Handlungsspielräume
künftiger
273 Generationen gesetzlich zu verankern.
- 274 (125) Unsere gemeinsame europäische Währung trägt zu einem starken gemeinsamen
Europa bei.
275 Die Währungsunion ist allerdings ein unvollendetes Projekt geblieben. So verschärfen
sich
276 wirtschaftliche Unterschiede und Ungleichgewichte bei Wettbewerbsfähigkeit und
Handel, ohne
277 dass es dagegen europäische Instrumente gibt. Daher gilt es, die europäische
Währungsunion
278 zu vollenden, sie um eine Fiskal- und Sozialunion zu ergänzen und die dafür
notwendigen
279 Vertragsveränderungen auf den Weg zu bringen.
- 280 (126) Die Zentralbanken sollten eigene Standards für digitale Währungen schaffen.
Dazu
281 bedarf es einer europäischen Regulierung für die Entwicklung, die für
Verbraucher*innen
282 Rechtssicherheit schafft. Eine Aushöhlung des Geld- und Währungsmonopols über
private
283 Währungen im Euro-Raum darf nicht zugelassen werden.
284
- 285 (126-2) Digitale Zahlungen, Kryptowährungen und die Personen hinter den Accounts
müssen
286 nachvollziehbar sein. Zur Bekämpfung von Verbrechen wie Geldwäsche, die
Darstellung
287 sexualisierter Gewalt gegen Kinder, Steuerhinterziehung und Terror-Finanzierung
braucht es
288 eine staatliche Infrastruktur.
- 289 (127) Die EU braucht eine eigene Zuständigkeit für die Wirtschafts- und Fiskalpolitik.
Sie

290 braucht einen Haushalt, der groß genug ist, um makroökonomisch zu stabilisieren und
 in
 291 schweren Krisen Zuschüsse für die nationalen Haushalte leisten und mit europäischen
 292 Investitionen reagieren zu können. Dieser Haushalt muss über eigene
 Steuereinnahmen und
 293 Eigenmittel verfügen. Um langfristige Investitionen zu finanzieren und schwere
 294 Konjunkturinbrüche abzuwehren und zu bekämpfen, muss sich dieser Haushalt auch
 über Kredite
 295 finanzieren können. Um den Euro zu stärken, müssen Staatsanleihen der Europäischen
 Union und
 296 ihrer Mitgliedstaaten eine absolut sichere Geldanlage darstellen. Ein Zahlungsausfall
 muss
 297 in jedem Fall ausgeschlossen sein.

298 (128) Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ist ein hohes Gut. Sie gilt es
 zu
 299 bewahren. Krisen haben jedoch gezeigt, dass eine alleinige Ausrichtung auf das Ziel
 der
 300 Preisniveaustabilität ein zu enges Mandat für die Geldpolitik ist. Daher sollte die EZB,
 wie
 301 andere Zentralbanken auch, gleichberechtigt das Ziel der Wohlstandsmehrung und
 eines hohen
 302 Beschäftigungsstands verfolgen. Hohe Zinsunterschiede zwischen den
 Mitgliedsstaaten können
 303 Staaten hindern aus einer Krise herauszukommen. Insbesondere ohne eine
 gemeinsame
 304 Fiskalpolitik der Eurozone, kann es für die Zentralbank notwendig sein, die Liquidität
 der
 305 Staaten zu garantieren und Zinsunterschiede zu begrenzen.

306 (129) Auf europäischer Ebene ist eine stärkere Harmonisierung und
 Vergemeinschaftung von
 307 wettbewerbssensiblen Steuern notwendig, wie etwa der Besteuerung von
 Unternehmensgewinnen
 308 oder dem CO₂ Verbrauch. Lohn- und Tarifpolitik sollten schrittweise stärker
 aufeinander
 309 abgestimmt werden. Im Fall von hohen und dauerhaften Handelsungleichgewichten
 innerhalb der
 310 Währungsunion müssen die Empfehlungen der Europäischen Kommission eine stärkere
 311 Verbindlichkeit haben, etwa den Defizit- wie auch den Überschussländern
 symmetrische
 312 Verpflichtungen zum Abbau aufzuerlegen. Mit öffentlichen Investitionen und guten
 Löhnen wird
 313 die Binnennachfrage gestärkt und die Exportüberschüsse Deutschlands abgebaut.

314 **Haushalts- und Steuerpolitik**

315 (130) Haushaltsmittel gehören allen Bürger*innen. Mit ihnen ist stets sorgsam
 umzugehen und
 316 es ist zu überprüfen, ob die angestrebten gesellschaftlichen Ziele auf effizientem Weg
 317 erreicht werden. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um Aufgaben wie beispielsweise die
 318 Daseinsvorsorge und Infrastrukturinvestitionen finanzieren zu können. Die öffentlichen

- 319 Haushalte müssen in einer Demokratie klar, transparent und nachvollziehbar sein.
Gender
- 320 Budgeting und die Beachtung von Klimaneutralität sind für einen gerechten Haushalt
321 unerlässlich.
- 322 (131) Wir stehen zu langfristig nachhaltigen Staatsfinanzen und zu gesetzlichen
Regeln für
323 die Begrenzung der Kreditaufnahme. Dabei gilt es, nicht nur die Verbindlichkeiten zu
324 betrachten, sondern auch das Vermögen der öffentlichen Hand zu erhalten und
auszubauen.
- 325 Investitionen in Infrastruktur und Nachhaltigkeit sichern die Handlungsspielräume
künftiger
326 Generationen. In diesem Sinne ist der Anteil der öffentlichen Investitionen an der
327 Wirtschaftsleistung auszubauen. Für den Ausbau des öffentlichen Vermögens und die
328 langfristige Sicherung unseres Wohlstands kann eine Kreditfinanzierung sinnvoll und
329 pragmatisch geboten sein, insbesondere wenn sie eine gute Rendite verspricht.
- 330 (132) Infrastruktur ist öffentliche Aufgabe. Eine weitere Privatisierung öffentlicher
331 Unternehmen im Bereich der öffentlichen Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge darf es
nicht
332 geben. Öffentlich-private Partnerschaften kommen höchstens nur dann in Betracht,
wenn sich
333 durch sie ein Mehrwert oder geringere Kosten für die Steuerzahler*innen ergeben.
- 334 (133) Unser Steuersystem stellt die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher. Es
braucht
335 ein gerechtes Steuersystem, das verständlich und effizient ist und zu einer
Angleichung der
336 Einkommen
337 führt. Das ist Grundlage für Akzeptanz und reduziert soziale Ungleichheit.
- 338 (134) Ein Steuersystem, das wirtschaftliche Dynamik schaffen will, begünstigt neue
339 Aktivitäten und Investitionen und besteuert Vermögen sowie leistungslose
Einkommen. Das
340 Aufkommen der Steuern aus Kapitaleinkommen, aus großen Vermögen und
Erbschaften muss wieder
341 deutlich erhöht werden. Die Besteuerung von Kapitaleinkommen muss mindestens
dem Maß der
342 Besteuerung der Erwerbstätigkeit entsprechen. Der Vermögensaufbau von
einkommensschwachen
343 Gruppen soll gefördert werden.
- 344 (135) Steuern lenken. Steuersysteme sollen gesellschaftliche Ziele abbilden. Nicht am
345 Gemeinwohl orientierte und ökologisch schädliche Tätigkeiten und Produkte sollen
stärker
346 besteuert und damit verteuert werden. Die Steuerlast stärker vom Faktor Arbeit auf
347 Ressourcenverbrauch und Einkommen aus Kapital- und Bodenbesitz zu verlagern,
begünstigt den
348 ökologischen Umbau und soziales Engagement.
- 349 (136) Steuerdumping schadet Volkswirtschaften. Unternehmensgewinne und digitale
Umsätze

350 müssen stärker am Ort des Konsums besteuert und eine gemeinsame europäische
351 Bemessungsgrundlage muss eingeführt werden.

352 (137) Alle sollen sich ihrer finanziellen Lage entsprechend am Gemeinwohl beteiligen,
denn
353 Daseinsvorsorge und Sozialsystem sind nur solidarisch zu finanzieren. Die
Besteuerung soll
354 progressiver und damit eine Trendumkehr eingeleitet werden. Dafür braucht es
Transparenz
355 über wirtschaftliche Verhältnisse und eine Verwaltung, die in der Lage ist, das Recht
356 durchzusetzen. Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit, Geldwäsche und
Sozialbetrug
357 sind mit allen Mitteln zu bekämpfen.